

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.06.2012

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesend sind:

Herr Jürgen Busse	CDU	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:05 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:50 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 20:00 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreter: Herr Busse
Herr Raik Müller	CDU	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Unterlagen wurden zu Beginn der Sitzung ausgegeben:

- öff. TOP 9 Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II

- öff. TOP 9 Kurzinformation zur Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und zu den finanziellen Auswirkungen zum Stand 31.05.2012
- öff. TOP 5.2, 5.3 und 6.2 Information / Zwischenstand

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung bittet, als Dringlichkeitsvorlage die

Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die
Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung vom 26.05.2004)
Vorlage: V/2012/10811

in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Geier führte aus, dass die Vorlage öffentlich sei. Er begründete die Dringlichkeit der Vorlage wie folgt:

Zur Haushaltskonsolidierung wurden kurzfristig noch alle Möglichkeiten einer Einnahmeerhöhung geprüft. Durch eine Erhöhung des Hebesatzes zur Grundsteuer B können die Einnahmen um ca. 1,1 Mio. € erhöht werden. Herr Geier verwies auf die Hebesätze der Städte Magdeburg und Leipzig.

Gemäß § 25 Absatz 3 Grundsteuergesetz muss der Beschluss des Stadtrates bis zum 30.06. eines Jahres vorliegen, will die Gemeinde den Hebesatz der Grundsteuer noch rückwirkend für das laufende Kalenderjahr erhöhen.

Deshalb muss die Satzung noch bis zum 30.06.2012 vom Stadtrat beschlossen werden, wenn finanzielle Auswirkung für das Haushaltsjahr 2012 erzielt werden sollen. Anderenfalls wäre nur eine Erhöhung ab 2013 möglich.

Weiterhin sei die Beschlussfassung wichtig für den Inhalt der neuen Vorlage des Haushaltsplanes 2012, der für den Juli-Gremienlauf vorgesehen sei.

Einige Mitglieder sprachen sich gegen die Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage in die Tagesordnung aus. Sie argumentierten, dass sich die Lage des städtischen Haushalts gegenüber der Haushaltseinbringung nicht verändert habe und aufgrund der späten Einbringung keine offene Abwägung in den Fraktionen möglich sei.

Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage:

1 Ja-Stimme

5 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt

Die Tagesordnungspunkte 5.2, 5.3, 5.6 und 6.2 wurden von der Verwaltung zurückgestellt.

Auf Nachfrage von Herrn Wolter, zu welchem Tagesordnung der weitere Umgang mit der Beanstandung des Haushaltes durch das Landesverwaltungsamt besprochen werde, führte Herr Geier aus, dass in dem Anschreiben an die Fraktionen bei der Übersendung der Beanstandung eine Ersteinschätzung von der Verwaltung skizziert sei. Die Fraktionsvorsitzenden wurden in einer Beratung informiert und wollten sich im Ergebnis positionieren. Die Verwaltung avisierte einen geänderten Haushaltsplan für den Gremienlauf im Juli im Rahmen eines verkürzten Verfahrens. In diesem sollen die aus dem ersten Halbjahr bekannten Änderungen eingearbeitet werden.

Die Fraktionsvorsitzenden signalisierten Einverständnis zu diesem Verfahren, um nicht wie im letzten Jahr nur in der vorläufigen Haushaltsführung zu sein, und vor dem Hintergrund der Oberbürgermeisterwahl.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 22. Mai 2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Jahresabschlusses 2011 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2012/10638
 - 5.2. Knoten Halle, Ersatzneubau Eisenbahnüberführung (EÜ) über B 6,
DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Guntershausen, Bahn-km 0,995,
mit Umverlegung B 6/Leipziger Chaussee von Knoten Thüringer Straße bis EÜ DB-
Strecke 6350 Halle (Saale) Gbf – Halle (Saale) Hbf Ac
Vorlage: V/2011/10313
 - 5.3. Beseitigung des vorhandenen Bahnübergangs (BÜ) Birkhahnweg und Ersatz durch eine
Eisenbahnunterführung für Fußgänger/Radfahrer sowie Bau einer
Straßenüberführung(SÜ) über die B 100 ; DB Strecke 6132 Berlin Anhalter Bf - Halle
(Saale) Hbf, Bahn-km 158,5
Vorlage: V/2011/10315
 - 5.4. Änderung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet
"Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiete Halle-Ost"
Vorlage: V/2012/10627
 - 5.5. Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleininleiterabgabe -
Kleininleiterabgabesatzung
Vorlage: V/2012/10494
 - 5.6. Halle (Saale) auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune
Vorlage: V/2012/10543
 - 5.7. Zweiter Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen
Vorlage: V/2012/10587

- 5.8. 2 Anträge auf Genehmigung von investiven Mehrausgaben für die Feuerwache (östliche und westliche Seite) Anschlussstelle Richard-Paulick-Straße und Huttenstraße zw. E.-Brändstöm-Straße u. Turmstraße sowie zw. Merseburger Straße u. Liebenauer Straße in der vorläufigen Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: V/2012/10735
- 5.9. Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: V/2012/10763
6. Informationsvorlagen
 - 6.1. Verwendungsnachweis erhaltener Mittel zur Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zum Abbau des Altdefizites
Vorlage: V/2012/10573
 - 6.2. Information zum Eisenbahnknotenausbau Halle und dem Blinklichtprogramm für Bahnübergänge (BÜ) sowie den daraus resultierenden kreuzungsbedingten Maßnahmen und den zu erwartenden Kostenanteilen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10317
 - 6.3. Information über die Antragstellung auf die Verlängerung des Investitionszeitraumes Industriegebiet Star Park Halle A 14
Vorlage: V/2012/10746
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Nutzung von Freitischen
Vorlage: V/2012/10615
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am
22. Mai 2012**

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 22.05.2012 wird genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.05.2012 wurden folgende abschließende nicht öffentliche Beschlüsse gefasst:

- zu 3.1 Verkauf eines kommunalen Grundstückes
Vorlage: V/2012/10656

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstückes Wittekindstraße 12-14 in 06114 Halle (Saale), Gemarkung Giebichenstein, Flur 04, Flurstücke 15/3, 16, 13/12 und 42, zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

- zu 3.2 Unbefristete/ befristete Niederschlagungen
Vorlage: V/2012/10655

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, beschließt auf der Grundlage des § 44 Abs. 4 Nr. 16 GO LSA und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2.

- 1) die befristete Niederschlagung der Ersatzvornahme sowie Nebenforderungen in Höhe von 59.513,11 Euro.
- 2) die unbefristete Niederschlagung der Grundstücksverkaufsabwicklungen sowie der Nebenforderungen in Höhe von 147.266,85 Euro.
- 3) die befristete Niederschlagung der Stellplatzablässe in Höhe von 71.500,00 Euro.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jahresabschlusses 2011 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH **Vorlage: V/2012/10638**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Neumann, Frau Graupeter (Buchhalterin der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH und Frau Kreie (Steuerberaterin der SMG).

Herr Geier entschuldigte Herrn Geschäftsführer Voß, der sich zu einer Auslandsdienstreise in China befindet. Die Gesellschaft werde durch Frau Graupeter und Frau Kreie vertreten.

(16:50 Uhr – Frau Hintz kam in die Sitzung.)

Auf Nachfrage erläuterten die Vertreterinnen der Gesellschaft die Untersetzung der geplanten hohen Rückstellungen.

Herr Neumann betonte, dass der Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 nach ausführlicher Diskussion bestätigt wurde.

Die Verwaltung wurde gebeten, bis zur Stadtratssitzung am 27.6.2012 vor dem Hintergrund eines möglichen Beitrages zur Haushaltskonsolidierung Erläuterungen zur Untersetzung des Gewinnvortrages und der Rückstellungen (wofür sollen diese verwendet werden) nachzureichen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 03.05.2012:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 mit einer Bilanzsumme von Euro 338.501,89 und einem Jahresüberschuss von Euro 4.103,69.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresüberschuss in Höhe von Euro 4.103,69 auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers (Herrn Stefan Voß) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis 31.12.2011.

**zu 5.2 Knoten Halle, Ersatzneubau Eisenbahnüberführung (EÜ) über B 6, DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Guntershausen, Bahn-km 0,995, mit Umverlegung B 6/Leipziger Chaussee von Knoten Thüringer Straße bis EÜ DB-Strecke 6350 Halle (Saale) Gbf – Halle (Saale) Hbf
Ac
Vorlage: V/2011/10313**

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 22.5.2012 gefasst.

Die erneute Beratung im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde zurückgestellt.

Beschlussvorschlag:

- I. Der Stadtrat stimmt der modifizierten Vorzugsvariante des Ersatzneubaus der Eisenbahnüberführung (EÜ) über die B 6, DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Guntershausen, Bahn-km 0,995 zu. Der Stadtratsbeschluss Nr. 99/1-50/1177 vom 24. 02. 1999 wird aufgehoben.
- II. Der Stadtrat stimmt den kreuzungsbedingten Kosten, die auf Grundlage der §§ 3, 12 Nr.2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) ermittelt wurden, zu.

Die Förderung ist nach Entflechtungsgesetz zu beantragen und die Kosten in den Haushaltsplan 2012 ff. (Baumaßnahme in 2015/2016) einzustellen.

- III. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, eine Kreuzungsvereinbarung nach §§ 3, 12 Abs. 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz mit der DB Netz AG abzuschließen.

**zu 5.3 Beseitigung des vorhandenen Bahnübergangs (BÜ) Birkhahnweg und Ersatz durch eine Eisenbahnunterführung für Fußgänger/Radfahrer sowie Bau einer Straßenüberführung(SÜ) über die B 100 ; DB Strecke 6132 Berlin Anhalter Bf - Halle (Saale) Hbf, Bahn-km 158,5
Vorlage: V/2011/10315**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

- I. Der Stadtrat bestätigt die von der Verwaltung vorgeschlagene und mit dem Schienenbaulasträger DB-Netz AG, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der Eisenbahnbundesamt Zentrale in Bonn abgestimmte Variante zur Beseitigung des BÜ Birkhahnweg und der Neuordnung der Verkehrsanbindungen im Bereich Birkhahnweg durch Neubau einer Fußgänger- und Fahrradunterführung der Eisenbahnanlagen an gleicher Stelle und Straßenanbindung durch Neubau einer Straßenüberführung über die B 100, (Brücke mit Mischverkehrsfläche) zur Wiederherstellung der früheren Verbindung des Birkhahnweges mit der Goldbergstraße.
- II. Der Stadtrat stimmt dem städtischen Anteil der kreuzungsbedingten Kosten, die auf Grundlage der §§ 3, 13 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) zu je einem Drittel von Bund, der DB Netz AG und der Stadt Halle (Saale) zu tragen sind, zu.
Die Förderung ist nach Entflechtungsgesetz zu beantragen und die Kosten in den Haushaltsplan 2012 ff. (Baumaßnahme erst in 2016/2017) einzustellen.
- III. Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin, alle notwendigen Vereinbarungen mit der DB Netz AG und dem Landesbetrieb Bau abzuschließen.

**zu 5.4 Änderung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet "Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiete Halle-Ost"
Vorlage: V/2012/10627**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Für das Fördergebiet gemäß Fördermittelbewilligung vom 29.06.2010 mit der Bezeichnung „Infrastrukturprogramm/ Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ sowie ergänzend einbezogene Flächen wird nachfolgende Änderung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht gemäß § 25 BauGB beschlossen.

**zu 5.5 Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der
Kleininleiterabgabe - Kleininleiterabgabesatzung
Vorlage: V/2012/10494**

Es wurde informiert, dass über die Vorlage in Ordnungs- und Umweltausschuss ausführlich diskutiert wurde.

Herr Stäglin informierte, dass im vorgenannten Ausschuss gebeten wurde, die gesetzlichen Grundlagen zu überprüfen.

Frau Ruhl-Herpertz (Amtsleiterin Umweltamt) informierte, dass die rechtliche Prüfung ergeben habe, dass die gesetzlichen Grundlagen korrekt und umfassend benannt seien.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleininleiterabgabe – Kleininleiterabgabesatzung (Anlage).

Finanzielle Auswirkung:

Keine

**zu 5.6 Halle (Saale) auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune
Vorlage: V/2012/10543**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat unterstützt die Absichtserklärung der Stadtverwaltung, dass die Stadt Halle (Saale) sich beim Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ als Pilotkommune beteiligen und um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ bewerben wird.

2. Die Stadtverwaltung trifft im Rahmen der bisher bekannten Rahmenbedingungen des Projektes „**Kinderfreundliche Kommune**“ alle notwendigen Vorbereitungen, um die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) als Pilotkommune zu ermöglichen.
3. Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept bzw. einen Aktionsplan zur Umsetzung des Projektes in der Stadt Halle (Saale) und bindet die Federführung koordinierend beim Kinder- und Jugendbeauftragten an.

Finanzielle Auswirkung:

2012 16.000 EUR

**zu 5.7 Zweiter Grundsatz- und Baubeschluss zur
Brandschutzgrundsicherung an Schulen
Vorlage: V/2012/10587**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Wöllenweber, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter und Herr Hildebrand (Amtsleiter Amt für Schule und Sport).

Einige Mitglieder bemängelten an der Vorlage, dass diese in den finanziellen Auswirkungen, trotz Verschiebung der Vorlage und Nachforderung des Ausschusses, nicht transparent sei. Es wurde dringend für die Zukunft gebeten, Veränderungen deutlicher zu dokumentieren.

Herr Hildebrand wies auf die Anlage der Vorlage und die nachgereichten Stellungnahmen hin. In diesen seien die finanziellen Auswirkungen dargestellt. Die Fortschreibung für die nächsten Jahre werde ggf. im überarbeiteten Haushaltsplan, spätestens jedoch mit der Vorlage des Haushaltsplanes 2013 vollzogen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Ausführung einer Brandschutzgrundsicherung der Grundschulen „Karl Friedrich Friesen“, „Am Ludwigsfeld“, Frohe Zukunft, Diemitz/Freiimfelde, Johannesschule, des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums und der Förderschule für Lernbehinderte Comeniusschule sowie die Errichtung von Rettungsbalkonen an den Schulen Grundschule „G.-E.-Lessing“, Sekundarschule Am Fliederweg, Gymnasium Südstadt und Christian-Wolff-Gymnasium. ~~Der Beschluss erfolgt unter Vorbehalt der Einwerbung von Fördermitteln.~~ Sollten ausgewählte Objekte STARK III förderfähig sein, werden die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Rahmen der umfangreichen Sanierung durchgeführt.
2. Der Stadtrat beschließt im Zusammenhang mit der Brandschutzgrundsicherung die Kellertrockenlegung und –sanierung der Grundschule „Karl Friedrich Friesen“ sowie des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Mittel in den Haushalt 2012 bis 2015 einzustellen.

Die Vergabe der Planungs- und Bauleistungen erfolgt aus wirtschaftlichen Gründen als Komplexauftrag vom EB ZGM in mind. zwei Losen an Dritte als Auftragnehmer.

Finanzielle Auswirkung Brandschutz Tranche II

Objekt	Finanzieller Bedarf				Gesamt (in T€)
	2012 (in T€)	2013 (in T€)	2014 (in T€)	2015 (in T€)	
GS „K. Fr. Friesen“ 7.400055.700.200	278,2	1.051,8	0	0	1.330,0
GS „Am Ludwigsfeld“ 7.400068.700.200	580,00	0	0	0	580,0
GS Frohe Zukunft 7.400056.700.200	340,0	0	0	0	340,0
GS Diemitz/Freimfelde 7.4000xx.700.200	50,0	0	400,0	0	450,0
GS Johannesschule 7.400075.700.200	50,0	0	655,1	226,4	931,5
J.-G.-Herder-Gymnasium 7.400060.700.200	259,4	1.240,6	0	0	1.500,0
FÖS Comenius 7.400069.700.200	50,0	317,6	513,9	0	881,5
Gymnasium Südstadt Rettungsbalkone 7.4000xx.700.200	0	0	0	402,0	402,0
Christian-Wolff- Gymnasium Rettungsbalkone 7.4000xx.700.200	0	0	0	402,0	402,0
Gesamt	1.607,6	2.610,0	1.569,0	1.030,4	6.817,0

Der finanzielle Bedarf 2012 ist durch das Investitionsprogramm (Stand 28.03.2012) gedeckt. Gemäß Beschluss Finanzausschuss vom 18.04.2012 werden zusätzlich 440.000 € aus Grundstücksverkäufen bereitgestellt. Der Bedarf ab 2013 wird in die künftige Haushaltsplanung eingeordnet.

Finanzielle Auswirkung Nachtrag Brandschutz Baubeschluss Tranche I (IV/2011/09809)

Objekt	Kosten lt. Beschluss IV/2011/09809 (in T€)	Mehrbedarf durch Vergabe u. Rettungstürme (in T€)	Gesamt 2012 (in T€)
GS „G.-E.-Lessing“ Rettungsbalkone 7.400066.	240,0	341,9	581,9
SK Am Fliederweg Rettungsbalkone 7.400067.	240,0	278,0	518,0
Gesamt			1.099,9

Der finanzielle Mehrbedarf 2012 ist durch das Investitionsprogramm 28.03.2012 gedeckt.

**zu 5.8 2 Anträge auf Genehmigung von investiven Mehrausgaben für die Feuerwache (östliche und westliche Seite) Anschlussstelle Richard-Paulick-Straße und Huttenstraße zw. E.-Brändstöm-Straße u. Turmstraße sowie zw. Merseburger Straße u. Liebenauer Straße in der vorläufigen Haushaltsführung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: V/2012/10735**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Frau Nagel, Herr Weihrich, Herr Misch, Herr Krause, Herr Geier und Herr Stäglin.

Die Mitglieder äußerten sich verwundert, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Vorlage für Mehrausgaben durch die Verwaltung eingebracht und diese nicht im Fachausschuss vorbesprochen wurde. Bezüglich der vorgeschlagenen Deckung fragten sie nach der Höhe der allgemeinen Rücklage. Die Verwendung der finanziellen Mittel der Rücklage sollte ausschließlich für nachhaltige Projekte erfolgen. Weiterhin führten sie aus, dass die Fraktionen aufgrund der angespannten Haushaltslage sehr zurückhaltend mit zusätzlichen Anträgen während der Haushaltsdiskussion umgegangen seien und sie dies auch von der Verwaltung erwarten.

Herr Stäglin führte aus, dass er zukünftig den Fachausschuss über derartige Dinglichkeitsvorlagen informieren werde. Für die übernächste Sitzung des Planungsausschusses sei eine Information über das Dünnschichtprogramm der Stadt vorgesehen.

Herr Geier informierte auf Nachfrage, dass bei Beschluss der Vorlage eine Anzeige beim Landesverwaltungsamt bezüglich der Genehmigung vorgelegt werde.

Die Mitglieder baten um eine Information über die Reaktion des Landesverwaltungsamtes.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die investiven Mehrausgaben für die Vorhaben

1. Huttenstraße zwischen Elsa-Brändström-Straße und Turmstraße sowie zwischen Merseburger Straße und Liebenauer Straße, Tiefbauleistungen, PSP-Element 7.660131.700.200, in Höhe von 230.000 EUR und
2. Feuerwache (östliche und westliche Seite) Anschlussstelle Richard-Paulick-Straße, Tiefbauleistungen, PSP-Element 7.660132.700.200, in Höhe von 170.600 EUR.

Die Deckung der Mehrausgaben in Höhe von 400.600 EUR erfolgt aus der Entnahme der allgemeinen Rücklage aus zweckgebundenen Mitteln aufgrund des Rechenergebnisses 2011.

Finanzielle Auswirkung:	<u>PSP-Element</u>	<u>Ausgaben:</u>
	1. 7.660131.700.200	230.000 EUR
	2. 7.660132.700.200	170.600 EUR
	<u>Deckung:</u>	
	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	400.600 EUR

zu 5.9 Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung Vorlage: V/2012/10763

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Weihrich, Herr Misch, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Geier und Herr Neumann.

Herr Geier informierte über den Inhalt der in zahlreichen Abstimmungen mit den Verwaltungsspitzen abgestimmten Vereinbarung. Diese wurde vor dem Hintergrund des Zustimmungsvorbehaltes des Stadtrates unterzeichnet. Die Verwaltung werde den Berater eigenständig binden. Der Leistungskatalog werde derzeit abgestimmt. Herr Geier sagte zu, in der Vorlage bezüglich der Kosten: ... bis zu 100 T€ ... zu ergänzen.

Die Mitglieder diskutierten ausführlich über die einzelnen Punkte der Vereinbarung. Es wurde besonders bemängelt, dass sich das Land aus der Verantwortung zurückziehe. Die Verwaltung muss in die finanzielle Lage versetzt werden, selbst zu handeln. Welchen Beitrag leiste das Landesverwaltungsamt (LVA), um die eigene Handlungsfähigkeit der Kommune zu erreichen? Welche Rolle spielt die Arbeitsgruppe von Stadt und LVA? Das Procedere des Beraters und die Befugnisse des Stadtrates und der Oberbürgermeisterin erscheinen als sehr kompliziert und politisch nicht praktikabel.

Die Verwaltung wurde gebeten, Aussagen darüber zu treffen:

- für welche Dauer die Vereinbarung abgeschlossen wird,
- wie hoch die Kosten sind,
- wie diese gedeckt werden
- wer die Auswahl des Beraters trifft.

(18:05 Uhr – Herr Knöchel verließ die Sitzung.)

Herr Krause stellte folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Die Vorlage Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung wird vertagt und mit der Vorlage des überarbeiteten Haushaltsplanentwurfes (Juli 2012) neu vorgelegt.

Herr Geier erläuterte, dass die Gesprächstendenz zum Haushalt 2012 mit dem LVA positiv war. Die Beanstandung sei durch die Stadt nicht vorhersehbar gewesen. In der Verwaltung wurde die Wechselbeziehung von der beanstandungsfreien Vorlage des Haushaltes und der Vereinbarung gesehen.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

6 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

vertagt
durch Geschäftsordnungsantrag von Herrn Krause (SPD-Stadtratsfraktion)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung zu.

zu 6 Informationsvorlagen

**zu 6.1 Verwendungsnachweis erhaltener Mittel zur Umsetzung des beschlossenen Konzeptes zum Abbau des Altdefizites
Vorlage: V/2012/10573**

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nimmt den Verwendungsnachweis der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für die erhaltenen Mittel aus den Vorlagen IV/2006/05966 und IV/2007/06805 zur „Veräußerung des Psychiatrischen Krankenhauses“ zur Kenntnis.

**zu 6.2 Information zum Eisenbahnknotenausbau Halle und dem Blinklichtprogramm für Bahnübergänge (BÜ) sowie den daraus resultierenden kreuzungsbedingten Maßnahmen und den zu erwartenden Kostenanteilen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10317**

Die Informationsvorlage wurde zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

zu 6.3 Information über die Antragstellung auf die Verlängerung des Investitionszeitraumes Industriegebiet Star Park Halle A 14
Vorlage: V/2012/10746

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Nutzung von Freitischen
Vorlage: V/2012/10615

Herr Wolter erläuterte, dass der Antrag ausführlich in den Fachausschüssen diskutiert wurde und in deren Ergebnis durch die antragstellende Fraktion modifiziert wurde.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit an den kommunalen Schulen der Stadt Halle sog. Freitische gem. § 72 a SchulG LSA eingerichtet und genutzt werden können,
2. sicherzustellen, dass ~~die Öffentlichkeit über die Möglichkeit einer Nutzung von Freitischen gem. § 72 a SchulG LSA informiert wird,~~ **ein öffentliches Wissen zur Möglichkeit des Freitischens hergestellt wird. Hierzu gehört gleichermaßen die Sensibilisierung der LehrerInnen und Schulleitungen für die Sicherstellung einer warmen Mittagsmahlzeit als auch das Bereitstellen von Informationen für potentiell betroffene Eltern.**
3. ~~eine Verwaltungsrichtlinie zu erarbeiten,~~ **gemeinsam mit den Schulleitungen den Bedarf abzuschätzen und Regeln zur Umsetzung zu definieren,** die einen einheitlichen Umgang mit der Prüfung von Anträgen auf Zurverfügungstellung eines Freitisches ermöglichen. ~~insbesondere wann ein „besonderer Fall“ im Sinne des § 72 a S. 3 SchulG LSA vorliegt.~~

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

Widersprüche der Stadt zu den Festsetzungsbescheiden des FAG 2010 und 2011

Herr Geier führte aus, dass die Stadt schriftlich an die Bescheiderteilung erinnert habe, da die Entscheidung noch ausstehe.

Sonderbedarfsergänzungszuweisung

Herr Geier informierte, dass der Nachtragshaushalt des Landes zwar beschlossen wurde, aber noch keine gesicherten Aussagen vorliegen. Es sollen 50 % eingestellt worden sein. Der restliche Betrag werde aber von der Stadt noch geltend gemacht. Es werde unaufgefordert im Finanzausschuss informiert.

zu 10 mündliche Anfragen

Haushalt 2012

Auf Nachfrage von Frau Nagel erläuterte Herr Geier, dass ein überarbeiteter Haushaltsplanentwurf für die Gremien Finanzausschuss und Stadtrat Juli 2012 vorgelegt werde.

Herr Weihrich bat die Verwaltung um Prüfung, ob ein Widerspruch zur Haushaltsverfügung des LVA eingelegt werden sollte. Herr Dr. Meerheim fügte an, dass dieser ggf. im Juli mit dem Haushaltsbeschluss wieder aufgehoben werden könne.

Herr Wolter bat die Verwaltung, die Fassung des Haushaltes im Session zu prüfen. Es sollte die Version eingestellt sein, die dem LVA übergeben wurde.

Haushalt 2013

Herr Weihrich fragte nach dem Termin der Einbringung des Haushaltes 2013. Herr Geier informierte, dass durch die Beanstandung bestimmte fachliche Kapazitäten für diese Thematik gebunden werden. Er gehe zum jetzigen Zeitpunkt von einer Einbringung im September oder Oktober 2012 aus. Offen sei im Moment noch der Einfluss des Beraters auf den Haushalt 2013.

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern

Herr Weihrich informierte, dass die Beratung in den Fachausschüssen bereits abgeschlossen sei und bat um die Aufnahme in die Tagesordnung der kommenden Sitzung. Herr Dr. Meerheim und Herr Geier sagten dies zu.

zu 11 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Bürgermeister

Martina Beßler
Protokollführerin